

Punktsieg für die Psychosekte

Scientology-Arbeitsgruppe beim Hamburger Senat stellt Arbeit ein

von Benjamin Lassive

Der Hamburger Senat schließt aus Kostengründen die renommierteste Aussteigerberatung in Deutschland. Experten sind entsetzt. Denn so engagiert wie Ursula Caberta und ihre Arbeitsgruppe hat kaum jemand gegen die Organisation gekämpft und zugleich Betroffenen geholfen. Ursula Caberta bleibt weiter für die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema verantwortlich. Ohne das „Hinterland“ einer Arbeitsgruppe. Der Berliner Journalist Benjamin Lassive zu Hintergründen und Folgen. – Red.

Ein Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Zumindest für Jürg Stettler, den Pressesprecher von Scientology. Denn seine schärfste Gegnerin wird im eigenen Haus entmachtet: Die von Ursula Caberta geleitete Arbeitsgruppe der Hamburger Innenbehörde, die sich ausschließlich mit der Beobachtung der von dem amerikanischen Science-Fiction-Autor L. Ron Hubbard gegründeten Organisation befasste, wird zum 1. September aufgelöst. Genau das hat Scientology schon seit Jahren gefordert.

1992 hatte die Hamburger Bürgerschaft die Einrichtung der Arbeitsgruppe beschlossen. Damals waren zwar Einzelschicksale von Scientology-Opfern bekannt und Wohnungskäufe der Organisation führten zu Besorgnis unter den Bürgern der Hansestadt. Dass es hinter den Informationsständen in den deutschen Fußgängerzonen, wo meist ganz in Gelb gekleidete, freundliche Zeitgenossen Passanten Stresstests anbieten, „tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“ gibt, ahnte damals niemand. Heute ist diese Aussage auf der Internetseite des Bundesamtes für Verfassungsschutz nachlesbar. Und in dessen aktuellem Bericht wird darauf hingewiesen, dass die Organisation „das politische Fernziel einer scientologischen Gesellschaft“ habe, in der die „Existenz des Einzelnen vom willkürlichen Ermessen Scientologys abhängt“.

Powerfrau aus Hamburg

Ursula Caberta hat zu diesem Informationsgewinn ganz erheblich beigetragen. Von Anfang an stand die ehemalige SPD-Bürgerschaftsabgeordnete an der Spitze der Arbeitsgruppe. Schnell wurde sie zu einer in ganz Europa gefragten Expertin. Mit ihrer Hamburger Kodderschnauze und ihrem burschikosen, zuweilen fast rüden Auftreten ließ die klein gewachsene Powerfrau aus Hamburg kein gutes Haar an Scientology: Es handele sich dabei nicht um eine „Sekte“ oder Religion, sondern um eine verfassungsfeindliche Organisation, die ihr Geld mit dem Vertrieb von Psychokursen verdiene. In Podiumsdiskussionen und Fernseh-talkshows, in Büchern und Artikeln forderte sie ein Verbot. Vor allem aber beriet sie

Ausstiegswillige und Familienangehörige von Menschen, die in die Fänge der Psychokursanbieter geraten waren. Und auch das Team hinter dem ARD-Film „Bis nichts mehr bleibt“ baute seine Erzählung eines Opferschicksals auf den Erfahrungen Cabertas auf.

Folgen eines Films

Mehr als acht Millionen Menschen sahen im April die Geschichte des fiktiven Familienvaters Frank Reiners, der zuerst freiwillig bei Scientology eintritt und später Geld und Gattin an die Organisation verliert. Auf den Film folgte eine öffentliche Debatte. Auch Cabertas damaliger Chef, der Hamburger Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU), nutzte sie: „Hamburg fordert schon seit Jahren ein Verbot der Scientology-Organisation“, sagte Ahlhaus im April. „Wir vertreten die Auffassung, dass Scientology unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung missachtet.“ Und auf eine Kleine Anfrage des SPD-Innenpolitikers Andreas Dressel antwortete der Senat noch Anfang August, dass sich an der Gefährdung durch Scientology nichts geändert habe.

Bis fast nichts mehr bleibt

Weswegen die Innenbehörde nun schwer ins Rudern gerät, wenn sie erklären muss, warum ausgerechnet die „Arbeitsgruppe Scientology“ in Hamburg weggespart wird. Es handele sich lediglich um eine „Umstrukturierung“, versucht Sprecher Thomas Butter zu beschwichtigen. An der Bewertung von Scientology ändere das nichts. Ursula Caberta werde der Innenbehörde als Ministerialreferentin erhalten bleiben und ihre „bewährte Beratungstätigkeit“ fortführen können. Beim Hamburger Verfassungsschutz, wo bislang ein einziger Mitarbeiter für die Beobachtung von Scientology zuständig war, soll es eine halbe Stelle mehr geben. So wie Aussteiger aus dem Rechtsextremismus sollen dort auch austrittswillige Scientologen beraten werden.

Ursula Caberta selbst will sich nicht äußern. Doch Experten, auch aus den Kirchen, sind entsetzt. Sie erinnern sich an die bisherige Personalstärke der Arbeitsgruppe: Dort standen viereinhalb Mitarbeiterstellen für den Kampf gegen Scientology zur Verfügung. „Es geht nicht nur um Ursula Caberta, es geht auch darum, dass ihre Zuarbeiter nun nicht mehr da sind“, sagt der Beauftragte für Sekten- und Weltanschauungsfragen der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Pfarrer Thomas Gandow. Die 140.000 Euro pro Jahr, die der Hamburger Senat nun spare, würden an der falschen Stelle gekürzt. „Auf dem Fernsehbildschirm sah man immer nur Ursula Caberta, aber ihr Stab und dessen Expertise waren für uns genauso wichtig.“

Beratung und Hilfe

Ähnlich sieht das auch der Bonner Jurist Ingo Heinemann, der im Internet eine der umfangreichsten Materialsammlungen zum Thema Scientology betreibt: Er verweist darauf, dass die bloße Information der Öffentlichkeit nicht ausreiche.

Menschen, die Hilfe suchen, könnten schnell überfordert sein, wenn es niemanden gebe, der sie aktiv berate. Zumal die Organisation in Deutschland weiter aktiv sei. „Der Verfassungsschutz schreibt zwar, dass die Mitgliederzahlen konstant blieben“, sagt Heinemann. „Aber man muss nicht Mitglied von Scientology sein, um auf deren Angebote hereinzufallen.“ Die Zahl der Scientology-Stände in den Fußgängerzonen nehme derzeit eher zu als ab, ist auch Thomas Gandow überzeugt. Er sieht weiter einen großen Bedarf für die Beratung möglicher Opfer.

Genau das aber droht in Hamburg künftig nicht mehr zu funktionieren. „Die von Ursula Caberta geleitete Einzelfallberatung wird sicher nicht in derselben Qualität von einem Landesamt für Verfassungsschutz geleistet werden können“, sagt der ehemalige bayerische Innenminister und Vizepräsident der EKD-Synode, Günther Beckstein (CSU). Der fränkische Protestant gehörte in seiner Zeit als Landesminister zu den entschiedensten Verfechtern eines Scientology-Verbots. Auch er profitierte von der Hamburger Scientology-Arbeitsgruppe. „Was Caberta geleistet hat, war in ganz Deutschland führend“, findet Beckstein. Ihn stimme es traurig, dass der schwarz-grüne Senat der Hansestadt ausgerechnet an dieser Stelle spare. „Dass man vielleicht den Eindruck bekommen kann, dass es um Scientology ruhiger geworden ist, hängt ja auch damit zusammen, dass wir in Deutschland die Auseinandersetzung mit Scientology sehr entschieden geführt haben“, meint Beckstein. „Und dabei hat Ursula Caberta eine wichtige Rolle gespielt.“

Die Opposition in Hamburg will sich mit der Schließung der Arbeitsgruppe noch nicht abfinden. Der SPD-Innenpolitiker Andreas Dressel kündigte an, das Thema auf die Tagesordnung der Bürgerschaft zu setzen. „Einerseits fordert Ahlhaus das Verbot von Scientology, andererseits schließt er die bundesweit renommierteste und erfolgreichste Anti-Scientology-Stelle“, wundert sich Dressel. Das sei „widersinnig“ und ein „verheerendes Signal“. „Ahlhaus entscheidet, Scientology jubelt.“

Wir danken Verfasser und Redaktion für die Abdruck-Genehmigung.

© Rheinischer Merkur Nr. 34, 26.08.2010
<http://www.rheinischer-merkur.de/index.php?id=44299>, Datum: 26.08.2010.